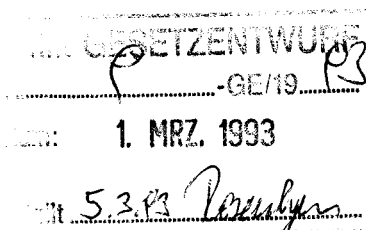


PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICH

P/SW-283/ME

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 Wien



St. Lobnig

Wien, am 22.2.1993

Ihr Zeichen/Schreiben vom:

-

Unser Zeichen:

R-193/R

Durchwahl:

515

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz gegen
den unlauteren Wettbewerb 1984-UWG
geändert wird.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs übermittelt in der Anlage 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:

25 Beilagen

**PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS**

An das
Bundesministerium für wirt-
schaftliche Angelegenheiten
Referat für den gewerblichen
Rechtsschutz

Kohlmarkt 8 - 10
1014 Wien

Wien, am 22.2.1993

Ihr Zeichen/Schreiben vom:
123-GR/93 27.1.1993

Unser Zeichen: Durchwahl:
R-193/R 515

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz gegen
den unlauteren Wettbewerb 1984-UWG
geändert wird.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, dem Bundesministerium für wirtschaft-
liche Angelegenheiten zu dem im Betreff genannten Entwurf
folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern erkennt
nicht die Notwendigkeit Maßnahmen zu setzen, um einen rui-
nösen Wettbewerb zwischen Zeitschriftenunternehmen zu
unterbinden. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden,
daß es neben den anlaßgebenden marktbeherrschenden Tages-
zeitungen auch noch andere Zeitschriften gibt, die durch
die im Entwurf vorgesehenen Verbote betroffen wären. Dies

- 2 -

sind vor allem Fachorgane von Interessenvertretungen und verschiedenen Bevölkerungsgruppen (z.B. Senioren, Jugend), die zumeist auch als periodische Druckschriften erscheinen. Die vorgesehenen Einschränkungen bei den Zugaben würden auch agrarische Blätter wie Zeitungen der Landwirtschaftskammern und der Landjugend berühren. In vielen dieser Zeitschriften ist es auch üblich, daß zumeist im Zusammenhang mit der fachlichen Beratung und Vertretung Preisausschreiben veranstaltet werden, bei denen für den Gewinner geringfügige Preise zur Verfügung stehen.

Es wird noch darauf verwiesen, daß die geplanten Einschränkungen zum Teil die mit dem Wettbewerbs-Deregulierungsgesetz, BGBl.Nr.147/1992, geschaffenen Liberalisierungen (z.B. Wegfall des Zugabengesetzes) beseitigen würden.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern beantragt daher, daß geringfügige Zugaben, die bei den erwähnten Druckwerken z.B. in Form von Preisausschreiben üblich sind, aus dem Verbot des § 9a Abs.2 Z 8 ausgenommen werden.

- - - - -

Das Präsidium des Nationalrates wird von dieser Stellungnahme durch Übermittlung von 25 Abzügen in Kenntnis gesetzt.

Der Präsident:

gez. Schwarzböck

Der Generalsekretär:

gez. Dipl. Ing. Dr. Fahrnberger